

Die Feinarbeit kommt erst später

04.07.2009 - TAUNUSSTEIN

Von Mathias Gubo



Die Variante 1a der geplanten Nordwesttangente Hahn beginnt am Magistralenkopf, schwenkt dann in Richtung Hahn, quert das Aartal zwischen Hahn und Bleidenstadt, um dann vor dem Freibad in einen Kreislauf zu münden. Von dort soll es einen Abzweig der Straße nach Watzhahn geben, die Tangente wird oberhalb des Freibads weitergeführt in Richtung Hahn-Nord. Stadt Taunusstein

NORDWESTTANGENTE Taunussteiner Magistrat wird im Ausschuss über neue Variante 1a informieren

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr der Taunussteiner Stadtverordnetenversammlung wird sich in seiner nächsten Sitzung am 23. Juli mit dem Abweichungsverfahren für die geplante Nordwesttangente Hahn befassen. Das beschloss die Taunussteiner Stadtverordnetenversammlung in ihrer jüngsten Sitzung einstimmig. Bürgermeister Michael Hofnagel (CDU) sagte auf Bitten des Ausschussvorsitzenden Helge Nicolai (FDP) zu, einen Plan mitzubringen, damit die Unterschiede bei den verschiedenen Trassen noch einmal verdeutlicht werden können.

SPD wundert sich

Auslöser der sehr sachlichen Debatte der Stadtverordneten über dieses in Taunusstein umstrittene Vorhaben waren zwei Anträge der SPD. Deren Fraktionsvorsitzender Gerald Fuhr beklagte, dass seine Partei erst aus dem Wiesbadener Kurier erfahren habe, dass es für das von der Stadtverwaltung angestrebte Abweichungsverfahren eine sogenannte Variante 1a gebe. Diese Variante 1a sei eine "erhebliche Änderung der Variante 1", ihr Verlauf komme der Variante 2 der Nordwesttangente sehr viel näher und würde für die Bewohner im Hahner Aartal eine größere Belastung bedeuten. Die SPD vertrat deshalb die Ansicht, dass diese Variante 1a von der Stadtverordnetenversammlung noch einmal hätte beschlossen werden müssen.

Festlegung eines Korridors

Das Stadtparlament sei im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr nachträglich von der neuen Variante 1a informiert worden, verwies Helge Nicolai auf die letzte Ausschusssitzung. Im Augenblick sei dies nur die "Festlegung eines gewissen Korridors". Die Feinheiten des Trassenverlaufs seien Teil eines sich nach dem Abweichungsverfahren anschließenden Bebauungsplanverfahrens. Nicolai schlug aber vor, der Magistrat solle im Ausschuss noch einmal ausführlich über das Abweichungsverfahren zur Nordwesttangente berichten.

Hofnagel legt Gutachten vor

Das Parlament sei über die laufende Arbeit der Verwaltung immer informiert worden, betonte Bürgermeister Michael Hofnagel ausdrücklich. Seit 2006 sei bekannt gewesen, dass für die geplante Nordwesttangente ein Abweichungsverfahren vom Regionalplan Südhessen notwendig sei. Inzwischen hätten sich "sieben Ordner voller Gutachten" angesammelt. Das nun laufende Abweichungsverfahren sei "Geschäft der laufenden Verwaltung", sehe keine Bürgerbeteiligung vor.

Hofnagel zitierte aus einer Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, der festgestellt hat, dass es sich bei der Variante 1a "im Wesentlichen um die Variante 1" mit der aus naturschutzrechtlichen Gründen notwendig gewordenen Verschwenkung der von der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2005 beschlossenen Variante 1 handele. Nach Auffassung des Städte- und Gemeindebundes bedurfte es für den zur Variante 1a eingereichten Antrag auf Zulassung einer Abweichung vom Regionalplan Südhessen "keines vorhergehenden erneuten Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung". Der Verwaltung könne nicht vorgeworfen werden, ihre Informationspflichten verletzt zu haben.